

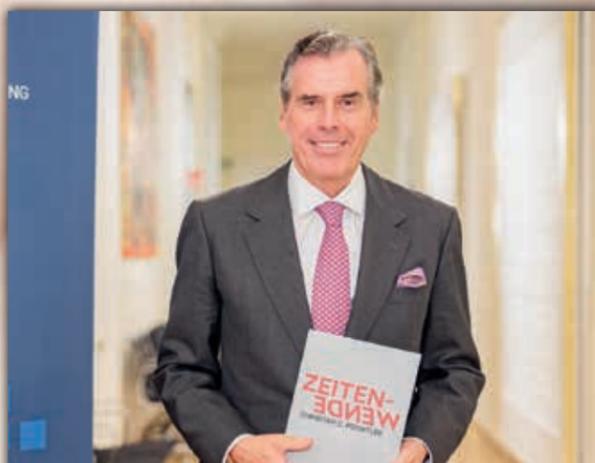


Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



TAG DER INDUSTRIE
Gelungener Auftakt
der Industriestrategie 2023

Seite 7



WIEN
IV-Wien-Präsident
Christian C. Pochler wiedergewählt

Seite 10

QUANTENPHYSIK
Der neue Exzellenzcluster
Quantum Austria

Seite 5

„Die EU ist der wichtigste wirtschaftliche Partner der Türkei“

Hürcan Aslı Aksoy ist stellvertretende Leiterin des Centrums für angewandte Türkei studien an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Im Interview spricht die Politologin über die Chancen und Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen EU und Türkei.

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei ein?

Hürcan Aslı Aksoy: Die Beziehungen sind jetzt gerade eher kühl. Der Mitgliedschaftsprozess ist faktisch eingefroren und es gibt keinen Fortschritt in der „positiven Agenda“ mit der Türkei, d. h., keinen Schritt in Richtung der Modernisierung der Zollunion und der Visa-Liberalisierung. Es gibt aber immer wieder Anlässe, die eine Annäherung bringen. Die Flüchtlingskrise vor acht Jahren war ein solcher Fall – da hatten einige EU-Länder starke Interessen an einem Deal mit der Türkei. Auch nach dem Beginn des russischen Kriegs in der Ukraine stieg das Interesse in der EU, mit der Türkei in sicherheitspolitischen Fragen zusammenzuarbeiten, weil die Türkei sowohl zur Ukraine als auch zu Russland enge Beziehungen hat. In der Innenpolitik braucht Recep Tayyip Erdoğan antiwestliche Rhetorik, auf außenpolitischer Ebene sucht er aber immer wieder die Nähe zur EU.

Wo sehen Sie Differenzen, wo Möglichkeiten der Zusammenarbeit?

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind in der Türkei nicht auf einem positiven Entwicklungspfad. Da wird es auch keine Entwicklung geben, denn Erdoğan wurde wiedergewählt, d. h., sein politischer Kurs wird sich fortsetzen. Aber wirtschaftlich sind die EU und die Türkei eng verbunden. Die EU ist der wichtigste wirtschaftliche Partner der Türkei, mehr als 40 Prozent des Handelsvolumens der Türkei entfallen auf die EU, obwohl sich die Regierung sehr bemüht, den Handel mit anderen Regionen anzukurbeln. Für Europa ist die Türkei ein wichtiger Partner für die Stabilisierung von Lieferketten, die durch den Krieg unterbrochen oder gestört sind. Auch in der Frage der grünen Transformation birgt eine Zusammenarbeit große Chancen, und im Bereich Arbeitskräfte gibt es auch Möglichkeiten. Die Türkei hat die junge Bevölkerung, Europa die guten Berufsschulen. Wir können Fachkräfte nach

unseren hohen Standards ausbilden und sie hier in den Arbeitsmarkt integrieren. Eine weitere wichtige Dimension ist die Frage, wie sich Europa im Machtkampf zwischen den USA und China positioniert. Auch hier rücken die EU und die Türkei näher zusammen, denn beide wollen mit China wirtschaftlich zusammenarbeiten. In den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit arbeiten die EU und die Türkei zusammen – bei den Werten liegen sie aber weit auseinander.

Die Türkei hat mit Mehmet Şimşek einen neuen Wirtschaftsminister – sehen Sie bereits Änderungen in der Wirtschaftspolitik des Landes?

Şimşek und die neue Führung der Zentralbank haben eine Kursänderung bei der Zinspolitik eingeläutet. Erdoğan hatte in den letzten Jahren darauf bestanden, die Leitzinsen nicht zu erhöhen, was die Kaufkraft enorm gedrückt und eine Währungs-krise ausgelöst hat. Die Währung hat in-

nerhalb eines Jahres 45 Prozent an Wert verloren. Das hat vor allem die Mittelschicht unter Druck gebracht. Die schwache Währung kurbelt andererseits den Handel und die Exporte an. 2020/2021, als es im östlichen Mittelmeer eine Eskalation gab, haben sich westliche Unternehmen mit Investitionen zurückgehalten. Das hat sich mittlerweile geändert.

Wie positioniert sich die Türkei in der Energiekrise, die europäische Unternehmen unter Druck setzt?

Die Türkei will sich aufgrund der geografischen Lage als neuer Energie-Hub, also Knotenpunkt positionieren – auch als Transitland auf einer Route durch Aserbaidschan, via Trans Anatolian Natural Gas Pipeline (TANAP). Erdoğan versucht gerade, in Hinblick auf Energielieferungen die Beziehungen zu den Nachbarländern zu stärken und in der Energieversorgung eine Hauptrolle zu spielen.

IV-Teacher's Award: Pädagoginnen und Pädagogen vor den Vorhang

Die IV zeichnete herausragende Leistungen im Bildungswesen aus. Heuer gab es über 100 Einreichungen für den begehrten Award.

Am 20. September 2023 fand die zehnte Verleihung des IV-TEACHER'S AWARD im Haus der Industrie statt, in Anwesenheit des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Martin Polaschek. Die Industriellenvereinigung zeichnete Pädagoginnen und Pädagogen für ihre herausragenden Leistungen im Bildungswesen aus. Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, unterstrich in seiner Begrüßung die bedeutende Rolle der Lehrkräfte in der gesamten Bildungskette und betonte, dass sie nicht nur Wissen vermitteln, sondern die Architekten der Zukunft sind, die junge Menschen zu sozialem Engagement und positivem Wandel inspirieren.

Die IV schuf den IV-TEACHER'S AWARD, um die exzellente Arbeit von Lehrpersonen zu würdigen und öffentlich anzuerkennen. Eine Jury aus Fachexpertinnen und Fachexperten bewertete die über 100 Einreichungen, um die herausragendsten Projekte und Initiativen auszuwählen. Bundesminister Martin Polaschek und IV-Generalsekretär Neumayer überreichten die Preise persönlich und betonten die Schlüsselrolle der Lehrerinnen und Lehrer im Bildungssystem. Die Preisträgerinnen und Preisträger des heurigen Awards wurden in den Kategorien Elementarpädagogik, Individualität, MINT und Wirtschaftskompetenz ausgezeichnet.

In der Kategorie „Individualität“ wurden Anja Grabner und Patricia Schwarz von der MS Eugendorf für „Theater macht Schule – Schule macht Theater“ prämiert. Lisa Praxmarer von der Volksschule Imst Unterstadt erhielt den zweiten Platz für modulares Lernen im offenen

Unterricht. Tamara Gavric von der HAK/HAS Bad Ischl wurde für „Meine Sprache(n) BKS und ich“ mit dem dritten Platz belohnt.

Im Bereich MINT wurde Martin Glatz vom BORG Birkfeld für „Spaß mit Mathematik und Chemie“ geehrt; in der Kategorie Wirtschaftskompetenz wurden Projekte wie „Wenn BERUFE nach uns RUFEN“ und „Let's change“ ausgezeichnet.

Auch Elementarpädagoginnen und -pädagogen wurden geehrt: Renate Reinisch und Laura Berwanger vom Verein Together erhielten den Preis für „Kids for future – Nachhaltigkeit im Kindergarten“. Damit wird die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hervorgehoben.

Die IV gratuliert allen Gewinnerinnen und Gewinnern sowie allen Nominierten!



WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: teachersaward.iv.at/de



AUCH DIESES JAHR GROSSER ANDRANG AM „TAG DES DENKMALS“

Unter dem Motto „denkmal [er:sie:wir] leben | 100 Jahre Denkmalschutzgesetz“ lud das Bundesdenkmalamt am „Tag des Denkmals“ wieder dazu ein, Hunderte historische Bauwerke und Denkmäler zu erkunden. Am 24. September öffnete auch die Industriellenvereinigung die Pforten des Hauses der Industrie am Schwarzenbergplatz und lud dazu ein, das historische Gebäude und seine Geschichte zu erkunden.

Der Sitz der Industriellenvereinigung im Herzen Wiens wurde bereits als Sitz industrieller Vorgängerorganisationen errichtet und ist eng mit der frühen Geschichte der Zweiten Republik verknüpft: Nach dem Zweiten Weltkrieg diente das Gebäude als Sitz des Alliierten Rats in Österreich, 1955 wurde hier der österreichische Staatsvertrag verhandelt. Am Tag des Denkmals hatten Besucher die Möglichkeit, die Geschichte und die Architektur des einzigartigen Hauses direkt zu erleben. Das Interesse daran war groß und die Führungen waren bereits im Vorfeld schnell ausgebucht.

Wenn wir nicht aufpassen, stehen wir vor einem eisigen Konjunkturwinter!



Österreich steuert auf eine Rezession zu. Populismus und Nanny-State-Mentalität helfen da nicht – wir brauchen einen standortpolitischen Ruck durchs Land.

Die ersten kühleren Herbsttage rufen einen wunden Punkt der europäischen Wirtschaft in Erinnerung: Die Energiepreise könnten wieder steigen und damit Länder mit energieintensiver Industrie zusätzlich unter Druck bringen – Länder wie Österreich. Im Juli, also rund eineinhalb Jahre nach dem Beginn des Kriegs gegen die Ukraine, kamen zwei Drittel der heimischen Gasimporte aus Russland. Zuletzt hat sich der Gaspreis in Europa zwar bei 30 bis 40 Euro pro Megawattstunde eingependelt, also weit entfernt von Spitzenwerten jenseits der 300-Euro-Marke vor einigen Monaten; der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, warnte in einem Interview mit der BBC allerdings bereits vor einem erneuten Preisanstieg. Wenn die chinesische Wirtschaft brummt und damit die Nachfrage nach Energie deutlich steigt, wird das die Preise hochtreiben.

Das ist kein optimistisch stimmendes Szenario, schon gar nicht angesichts der Tatsache, dass Österreichs Wirtschaft stagniert und die Industrie auf eine Winterrezession zusteuert. Der Internationale Währungsfonds hat zuletzt die Prognose für Deutschland nach unten korrigiert,

damit ist Österreichs Nachbarland und Exportpartner Nummer eins der einzige Staat aus der Reihe der stärksten Volkswirtschaften der Welt, für den die Prognose von einem negativen Wachstum ausgeht – bislang, denn Österreich ist auf dem besten Weg, zu folgen.

Statt populistischer Scheindebatten über weniger Arbeit für alle sollten wir uns jetzt auf konkrete Maßnahmen konzentrieren, die Österreichs Position am Weltmarkt stärken, und Rahmenbedingungen schaffen, die es Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erleichtern, Arbeitsplätze zu sichern und den Wohlstand des Landes auszubauen. Also: Energieinfrastruktur raschest ausbauen sowie eine langfristige Sicherstellung der Strompreiskompensation bis 2030 (wie sie bereits in 15 EU-Ländern umgesetzt ist)!

Gleichzeitig sollten wir die anderen wunden Punkte des heimischen Standorts nicht außer Acht lassen. Die Lücke, die die demografische Entwicklung am Arbeitsmarkt hinterlässt, kann wohl kaum mit einer Fördergießkanne zugeschüttet werden, sondern nur mit einer nachhaltigen und klugen Arbeitskräftestrategie. Wir brauchen eine weitere Entlastung des

Faktors Arbeit entlang eines verbindlichen Reduktionspfades, damit sich Leistung wieder lohnt. Die jüngsten Entlastungen bei Überstunden waren da ein erstes positives Signal für den Standort und die zahlreichen Menschen, die tagtäglich unser Land am Laufen halten – Menschen, die die „Extrameile“ gehen. Hier und bei vielen weiteren Themen müssen wir jetzt dranbleiben, damit uns kein eisiger Konjunkturwinter überrascht!

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 28. September war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

GRAFIK DES MONATS

Die EU reagierte auf Russlands Krieg gegen die Ukraine mit Sanktionen, die auch den Handel mit Öl und Erdgas betreffen. Aktuelle Eurostat-Zahlen zeigen nun die Effekte dieser Sanktionen: Lag Russland bei gasförmigen Erdgasimporten im zweiten Quartal 2022 noch bei 28,3 Prozent aller Importe, so lag der Anteil im gleichen Zeitraum ein Jahr später nur noch bei 13,8

Prozent. Die Anteile von Norwegen und Algerien sind hingegen deutlich gestiegen. Ähnlich stark sind die Effekte des Erdölebargos gegen Russland, das in Stufen seit Dezember 2022 umgesetzt wurde: Im zweiten Quartal 2022 war Russland noch der wichtigste Lieferant von Erdölen, mit einem Anteil von 15,9 Prozent der Gesamtimporte der EU; im zweiten Quartal 2023 belegte

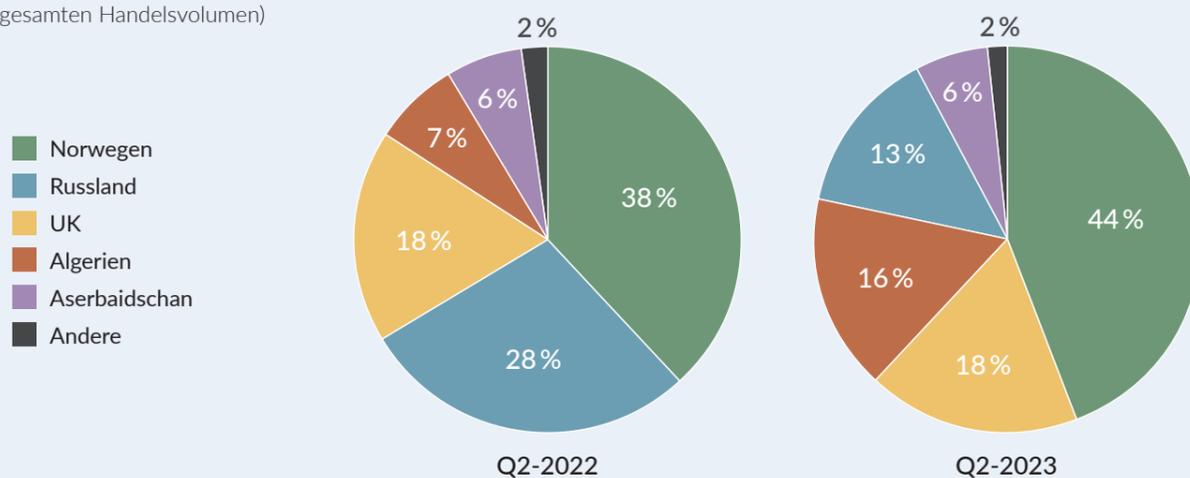
Russland nur noch den zwölften Platz, mit einem Anteil von 2,7 Prozent. Norwegen, das über große Gas- und Ölressourcen verfügt, ist der wichtigste Lieferant der EU. Bundeskanzler Karl Nehammer reiste daher, unter anderem mit Vertretern der IV, im September nach Norwegen – auch, um sich dort ein Bild von den Möglichkeiten der CO₂-Speicherung zu machen.

ZAHLE DES MONATS

1/3

Die Russen machen den Anfang zum Superwahljahr 2024, gefolgt von der Ukraine – trotz des Kriegs. Darauf hält Indien Wahlen ab, um die Regierung zu bestimmen, die das Land bis 2029 regieren soll. Im Juni finden Wahlen zur Ernennung der Mitglieder des Europäischen Parlaments statt, woraus eine neue Europäische Kommission hervorgehen wird. Auch die USA wählen 2024, und zwar ihren Präsidenten; die Ergebnisse dieser Wahl werden den Ton für globale Entwicklungen der 2030er-Jahre vorgeben. Schließlich wählt auch Österreich (spätestens im September) die Abgeordneten zum Nationalrat. Im kommenden Jahr treten somit 2,3 Milliarden Menschen, fast ein Drittel der Weltbevölkerung, an die Wahlen.

Erdgasimporte der EU nach Partnern (ohne LNG)
(Anteil am gesamten Handelsvolumen)



Quelle: Eurostat

Gute Nachrichten für die Industrie aus dem Bildungsbereich

Zwei von der IV maßgeblich unterstützte Neuerungen im Bildungssystem haben das Potenzial, die Fachkräftesituation in Österreich kurz- und mittelfristig deutlich zu verbessern.

Die erste betrifft den Einstieg ins Bildungssystem: die Elementarpädagogik. Eine gut ausgebaut und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und -bildung ist ein wichtiges Werkzeug gegen den Fachkräftemangel. Die angekündigte Investition der Bundesregierung in Höhe von 4,5 Mrd. Euro bis 2030 für den Ausbau der Kinderbetreuung ist daher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Erhöht werden soll insbesondere das Angebot für die Altersgruppen der Ein- bis Zweijährigen und der Zwei- bis Dreijährigen. Angekündigt wurde, dass alle neu geschaffenen

Plätze für Zwei- bis Dreijährige dem „Verbindbarkeitsindikator für Familie und Beruf“ (VIF) entsprechen, also beiden Eltern eine Vollzeitbeschäftigung ermöglichen sollen. Die Ausweitung der Öffnungszeiten ist in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die hohe Teilzeitquote, insbesondere von Frauen, besonders wichtig. Neben dem adäquaten Ausbau ist die Qualität der Kinderbildung essenziell: Elementarpädagogische Einrichtungen sind die ersten Bildungseinrichtungen und damit der Grundstein für Chancengleichheit. In einem dringend notwendigen, bundesweit einheitlichen Qualitätsrahmen müssen aus Sicht der Industrie

Kriterien für Sprachförderung sowie MINT-Frühförderung ihren Platz finden.

Das für Anfang 2024 geplante Gesetz zur höheren beruflichen Bildung soll es Personen mit einer beruflichen Erstausbildung oder mit spezifischer Berufserfahrung ermöglichen, höhere berufliche Qualifikationen zu erwerben. Ähnlich zu Bachelor, Master und PhD der Hochschulen werden die Abschlüsse mit „Höhere Berufsbildung“ (Stufe 5 des Nationalen Qualifikationsrahmens NQR), „Fachdiplom“ (NQR 6) und „Höheres Fachdiplom“ (NQR 7) bezeichnet. Entwickelt werden die

neuen Qualifikationen aus den Branchen heraus entlang der Bedarfslagen und Anforderungen des Arbeitsmarkts. Sie sollen auf Leitungsaufgaben oder spezialisierte fachliche Tätigkeiten vorbereiten. Für die Validierung und Prüfung der Qualifikation werden jeweils eigene Stellen eingerichtet. Das Ziel ist die weitere Attraktivierung der Berufsbildung, v.a. der Lehre, durch prestigeträchtige Weiterbildungsmöglichkeiten. Aus Sicht der Industrie wird eine gelungene und gut verständliche Einbettung des neuen Bildungssegments in die bestehende österreichische Bildungslandschaft entscheidend für den Erfolg des Projekts sein.

Maßnahmen aus „Leistung muss sich (wieder) lohnen“-Paket umgesetzt

Die Regierung hebt die Anzahl der steuerfreien Überstunden an. Für eine Linderung des Arbeitskräftemangels braucht es aber weitere Schritte.

Die Bundesregierung präsentierte Mitte September ein neues Entlastungspaket im Umfang des noch nicht erfassten Volumens der kalten Progression. Mit der Anhebung der maximalen Anzahl an steuerfreien Überstunden von zehn auf 18 pro Monat sowie der Erhöhung des Deckels auf 200 Euro setzte die Bundesregierung entsprechende Anreize für Mehrarbeit. Die Industriellenvereinigung (IV) betonte bereits vergangenen Herbst im „Leistung muss sich (wieder) lohnen“-Paket die Wichtigkeit der Belohnung überdurchschnittlichen Arbeitseinsatzes – beispielsweise durch die Anhebung der Steuerbefreiung für Überstunden.

Die IV setzt sich – besonders auch aufgrund des anhaltenden Arbeits- und

Fachkräftemangels – für Leistungsanreize für arbeitende Menschen in Österreich ein. Dazu zählt auch der entsprechende Ausbau der Kinderbetreuung und -bildung. In diesem Sinne hat die IV unter anderem auch die Erhöhung des Zuschusses zur Kinderbetreuung und steuerliche Erleichterungen für Betriebskindergärten vorge schlagen, welche im Paket ebenfalls Berücksichtigung finden.

„Das sind erste positive Signale für die zahlreichen leistungsbereiten Menschen im Land und auch im Hinblick auf die Linderung des Fach- und Arbeitskräftemangels“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und meint weiter: „Weitere Schritte für mehr Leistung müssen folgen, wie beispielsweise Anreize für Weiterarbeit über das Regelpensionsalter hinaus.“



In der Industrie ist der Bedarf an hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hoch.

EXPERTENMEINUNG

Ohne PFAS keine Energiewende!

Ein Paradigmenwechsel in der europäischen Chemikalienpolitik mit weitreichenden Folgen für Industriestandort und Transformation.

Zugegeben: Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) mag sperrig klingen – die Bedeutung dieser Stoffgruppe für den Industriestandort Österreich ist jedoch keineswegs zu unterschätzen. PFAS sind aufgrund ihrer besonderen chemischen und physikalischen Eigenschaften unverzichtbarer Bestandteil einer Vielzahl industrieller Prozesse und Produkte in nahezu allen Branchen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Ob in Dichtungen, Ventilen, Schläuchen oder in diversen Anwendungsbereichen zur

Herstellung von Technologien der Energiewende (Elektrolyse, Halbleiter, Wärmepumpen, Solaranlagen, Brennstoffzellen, Windräder u.v.m.) – ohne PFAS sind ambitionierte Ziele des Green Deals, des EU Chips Act und ganz generell die Dekarbonisierung der Industrie nicht zu erreichen.

Für ebendiese Stoffgruppe wurde aufgrund ihrer ökologischen Relevanz nunmehr ein umfassender Beschränkungsvorschlag gemäß der (in Überarbeitung befindlichen) REACH-VO vorgelegt. Der Vorschlag stellt einen substanziellen Paradigmenwechsel

in der europäischen Chemikalienpolitik dar und sieht anstelle eines risikobasierten Ansatzes, der etwa Anwendungen unter kontrollierten Bedingungen erlaubt, nun weitreichende Einschränkungen hinsichtlich Erzeugung, Inverkehrbringen und Nutzung von PFAS vor. Mehr als 10.000 Substanzen sind hiervon umfasst. Aus IV-Sicht ist klar: Eine undifferenzierte PFAS-Beschränkung, wie sie derzeit im Raum steht, hätte weitreichende Konsequenzen für den Industriestandort Österreich. Kontrollierte industrielle Nutzungen müssen jedenfalls weiterhin ermöglicht werden.



Maximilian Mauthe ist Experte für Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen und Energie.

„Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft frühzeitig suchen“

Markus Aspelmeyer beschäftigt sich mit fundamentalen Phänomenen der Quantenphysik. Im Interview spricht er über den neuen Exzellenzcluster Quantum Austria und darüber, wie Unternehmen dort andocken können.



ZUR PERSON

Prof. Markus Aspelmeyer ist stv. Leiter des Exzellenzclusters Quantum Science Austria und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Quantenoptik und -information der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (IQOQI). Seit 2009 ist er Professor für Physik an der Universität Wien. Prof. Aspelmeyer hat neben zahlreichen wissenschaftlichen Preisen auch zwei ERC-Förderungen erhalten.

Herr Professor Aspelmeyer, Sie forschen an Quantentechnologien. Woran arbeiten Sie gerade?

Tatsächlich sind mein Team und ich derzeit einer der großen offenen Fragen der modernen Physik auf der Spur: Wie passen Quantenphysik und Schwerkraft, also Gravitation, zusammen? Brauchen wir eine „Quantengravitation“ oder müssen wir, wie manche glauben, die Gesetze der Quantenphysik ändern? Das ist eine sehr grundlegende Problemstellung, die nur experimentell beantwortet werden kann. Dazu müssen wir auch messtechnisch in völlig neue Bereiche vordringen. Als Beispiel: Wir haben, um kleinste Gravitationskräfte zu messen, extra einen Sensor entwickelt, der Beschleunigungen 100 Milliarden Mal kleiner als die Erdbeschleunigung auflöst. Auch Technologien, die wir im Bereich der optomechanischen Quantensensorik mitentwickelt haben, kommen zum Einsatz. Bei uns erzeugen die experimentellen Herausforderungen der Grundlagenforschung die Notwendigkeit, bessere Messmethoden zu entwickeln.

Welche zukünftigen Anwendungen von Quantentechnologien sind aus Ihrer Sicht für unsere Leitbetriebe besonders interessant?

Darauf gibt es keine pauschale Antwort. Das Spektrum der möglichen Anwendungen ist vielfältig; von der Sensorik über Kommunikation bis hin zu rechnergestützten Optimierungsmethoden. Die Frage ist: Welcher Anwendungsbereich passt zu den Kernkompetenzen und Geschäftsinteressen

eines Unternehmens? Dazu kommt: Viele dieser Technologien sind gerade erst auf dem Sprung aus dem Labor heraus, manche noch in der forschungsgetriebenen Entwicklungsphase. Darin liegt aus meiner Sicht eine Chance: Wenn man hier frühzeitig den Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft etabliert, kann man bereits jetzt die Anforderungen des Marktes einfließen lassen und Anwendungen gezielt entwickeln.

Sie sind stellvertretender Leiter des Exzellenzclusters Quantum Austria, der im Sommer seinen Betrieb aufgenommen hat. Welche Angebote planen Sie für Unternehmen? Wo kann ein Leitbetrieb heute bereits andocken?

Der Exzellenzcluster bündelt die Kompetenz in der österreichischen Quantenforschung von insgesamt sechs Institutionen in Wien (Universität Wien, TU Wien), Klosterneuburg (IST Austria), Linz (JKU Linz), Innsbruck (Universität Innsbruck) sowie den Instituten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Die Synergien, die durch diese einmalige Zusammenarbeit entstehen, sollen neue Impulse für die Grundlagenforschung, für die Ausbildung und für Anwendungen setzen. Für Unternehmen wird es die Möglichkeit geben, bei Informationsveranstaltungen und gemeinsamen Science-Industry-Workshops proaktiv in den Dialog mit den Stakeholdern der Forschung einzutreten. Außerdem werden wir das Angebot zur Ausbildung auch auf Unternehmen ausdehnen, etwa in Form von Fortbildungen zum Thema Quantum Technologies. Im Wiener

Raum haben wir durch das Vienna Center for Quantum Science (VCQ) bereits eine Anlaufstelle für interessierte Unternehmen geschaffen. Der Cluster wird diesen Herbst starten und damit eine zentrale Andockstelle in Österreich zur Verfügung stellen.

Womit sollte ein Unternehmen beginnen, das sich noch nicht mit Quantentechnologien beschäftigt hat? Wie kann hier der Exzellenzcluster helfen?

Ich würde damit beginnen, mit den jungen Leuten im Betrieb zu reden. An den Universitäten werden die Grundlagen und Möglichkeiten der Quantentechnologien bereits im Bachelor unterrichtet. Es würde mich nicht wundern, wenn vieles an Know-how bereits jetzt in den Unternehmen vorhanden ist. Der Exzellenzcluster wird dieses Programm durch gezielte Bachelor- und Masterkurse signifikant ausbauen. Dazu kommen die bereits erwähnten Angebote zum Dialog, die mit Start des Clusters schrittweise vorhanden sein werden.

Europa kann eine führende Rolle in der Quantentechnologie einnehmen und technologisch unabhängig sein. Was kann ein Industriebetrieb heute konkret dafür tun?

Wir sehen derzeit viel „Technology Push“, was wichtig ist. Für nachhaltige Wertschöpfung braucht es aber den „Market Pull“. Damit das erreicht wird, müssen Wissenschaft und Wirtschaft den Dialog suchen und ihn offen und konstant führen.

Gründungspreis Phönix 2023 an Startups und Spin-offs verliehen

Deep-Tech-Innovationen und Ausgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen stärken die technologische Souveränität Europas und Österreichs.

Der erfolgreiche Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bildet die Basis für zukünftiges Wirtschaftswachstum und stärkt die technologische Souveränität von Europa und Österreich. Eine wichtige Rolle haben dabei Deep-Tech-Innovationen und Ausgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen. Am 3. Oktober 2023 wurden die besten österreichischen Startups, Spin-offs, Prototypenprojekte und Female Entrepreneurs von Wirtschaftsminister Martin Kocher und Wissenschaftsminister Martin Polaschek mit dem Gründungspreis PHÖNIX geehrt. Der Preis wird seit 2012 jedes Jahr von der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) und des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) organisiert und in Kooperation mit der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und der Industriellenvereinigung umgesetzt.

und Kommerzialisierung der Schlüsseltechnologien der Zukunft wie etwa der Quanten- und Weltraumtechnologien oder der Materialwissenschaften. In Bereichen der Grundlagenforschung sind Europa und Österreich oftmals international führend, die Umsetzung der Ergebnisse in global erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen wird dann jedoch in anderen Regionen der Welt schneller und konsequenter vorangetrieben. Die Forcierung des Wissens- und Technologietransfers ist daher ein Baustein für unseren zukünftigen Wohlstand. Junge Deep-Tech-Unternehmen sind wichtige Partner unserer forschungstarken Leitbetriebe bei der Entwicklung der Innovationen der Zukunft – mit dem Gründungspreis Phönix zeichnen wir seit vielen Jahren erfolgreiche Wissenstransferprojekte aus und machen so Role Models für Forscherinnen und Forscher sichtbar.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: www.gruendungspreis-phoenix.at



IV-Präsident Georg Knill betonte den wichtigen Beitrag von Startups und Spin-offs aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung

INDUSTRIELAND ÖSTERREICH RELOADED

Österreich ist mit einer Exportquote von über 60 Prozent tief im Weltmarkt verwurzelt. Um dort mitzumischen, ist es wichtig, zumindest in einigen Bereichen besser zu sein als andere. Zuletzt scheint Österreich das immer weniger gut zu gelingen. Ein Indikator dafür ist die Wettbewerbsfähigkeit, und da sieht es laut einer Analyse des Institute for Management Development (IMD) für 2023 nicht so gut aus für das exportstarke Land im Herzen Europas: Österreich schafft es lediglich auf Platz 24 von 64 Ländern im World Competitiveness Ranking und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um vier Plätze verschlechtert. Mit Dänemark, Irland und der Schweiz liegen mit Österreich vergleichbare Länder auf den ersten drei Plätzen. Insbesondere Dänemark hat in den vergangenen Jahren bewiesen, wie erfolgreiche Standortpolitik funktioniert. Gezielte Maßnahmen und Initiativen in den Bereichen Deregulierung, Entbürokratisierung und Handelspolitik sowie ein erfolgsorientiertes Bildungssystem und eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit Erwerbsanreizen brachten das Land an die Spitze.

„Österreich muss sich wieder auf seine Stärken besinnen und die gesamte Gesellschaft an Bord holen, um das Land wieder in eine Top-Position zu bringen. Gelingt uns das nicht, sind die Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit und damit für Arbeitsplätze, Sozialstaat und Wohlstand im Land verheerend“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Und weiter: „Eckpfeiler wie soziale Marktwirtschaft,

Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung werden in den Hintergrund gedrängt. Derzeit dominieren Populismus, Nanny-State-Mentalität und Vollkasko-Einstellung den Diskurs und reduzieren die Standortattraktivität.“ Es sei höchste Zeit, sich wieder auf jene Werte zu besinnen, die Österreich zu einem Industrieland mit hoher Lebensqualität und stabilem Wohlstand gemacht haben. Dazu gehöre ein klares Bekenntnis zum freien Markt – statt überbordender staatlicher Intervention – als Basis für eine harmonische Balance zwischen sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Effizienz. Österreich habe sich zudem stets durch Innovationsgeist und harte Arbeit ausgezeichnet. Gemessen an der Erfinderdichte, also der Anzahl der Patente pro 1.000 Einwohner, ist Österreich beispielsweise in der Bahnindustrie Weltspitze und in der Automobilindustrie auf Platz fünf.

Reduktionspfad für Steuern und Abgaben

„Die Bereitschaft, die ‚Extrameile‘ zu gehen und neue Wege zu beschreiten, hat uns zu einem erfolgreichen und innovativen Industrieland gemacht. Dieses Erbe gilt es anzunehmen und weiterzuführen, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Dafür muss sich Leistung in Österreich jedoch wieder lohnen, damit den zahlreichen leistungsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder mehr von ihrem Bruttolohn übrig bleibt“, so Knill. Die Industriellenvereinigung fordert konkret, die Steuer- und Abgabenquote von

derzeit vergleichsweise hohen 43,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts konsequent zu senken. Ähnlich dem Emissionsreduktionspfad in der Klimapolitik soll es bei Abgaben eine verpflichtende Belastungsgrenze von 40 Prozent bis 2030 geben.

Basis für den Erfindergeist Österreichs ist außerdem ein gelungenes Zusammenspiel aus ergebnisoffener Grundlagenforschung und deren Übersetzung in industrielle Anwendungen. Die Industriellenvereinigung setzt sich daher intensiv für einen Wissenschaftsfokus und Technologieoffenheit ein.

Eine weitere wesentliche Zutat für den Erfolg Österreichs am Weltmarkt ist eine aktive und offene Handelspolitik, die Internationalität und Globalisierung als Grundpfeiler des Wohlstands versteht. Diese Erfolgsgeschichte hat mit dem Beitritt zur EU begonnen: Im Jahr 1994, vor dem EU-Beitritt Österreichs, exportierte das Land noch Waren im Wert von umgerechnet 37 Milliarden Euro, danach folgten mehrere Internationalisierungsschübe, die die Exporte auf 195 Milliarden Euro im vergangenen Jahr ansteigen ließen. „Das Industrieland Österreich kann nur mit einem zuverlässigen Netzwerk die richtigen Antworten auf aktuelle Herausforderungen geben. Zudem sind wir als exportorientierte Volkswirtschaft wesentlich auf internationale Kooperationen angewiesen“, so Knill in Hinblick auf die Stärkung und den Ausbau internationaler Handelsabkommen wie etwa mit der Mercosur-Region in Südamerika.

INDUSTRIESTRATEGIE

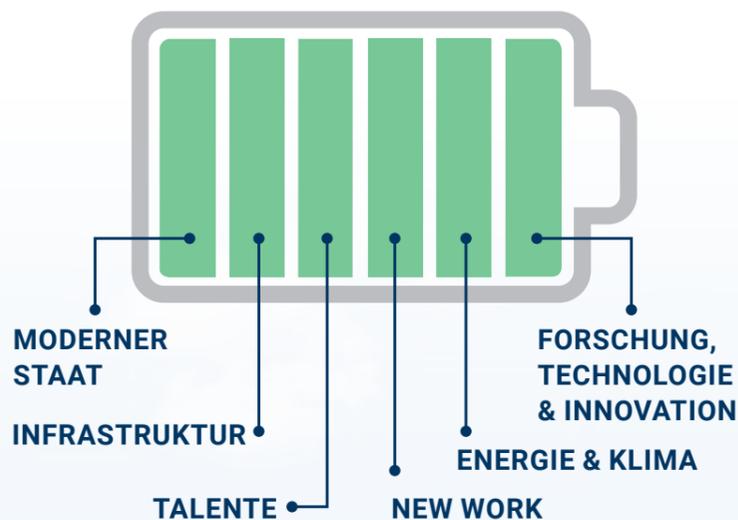
Die Industriellenvereinigung hat in den vergangenen Monaten mit rund 800 Expertinnen und Experten der IV-Mitgliedsbetriebe konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes wieder zu verbessern. Die vollständige Industriestrategie können Sie hier als E-Paper herunterladen:



POWER FÜR DAS INDUSTRIELAND

Wie ein Akku, der seine volle Energie verloren hat, fehlt es auch dem Industrieland Österreich an voller Kraft. Um die Powerbank wieder aufzufüllen, sind konkrete Maßnahmen in zentralen standortpolitischen Handlungsfeldern zu setzen.

1. Ein moderner Staat, der schlank und leistungsfähig für bestmögliche standortpolitische Rahmenbedingungen sorgt.
2. Eine hoch entwickelte, resiliente und gut ausgebaute Infrastruktur von der Straße bis zum Breitband.
3. Top-Bildung und -Ausbildung von jungen Talenten und erstklassigen Fachkräften aus dem In- und Ausland.
4. „New Work“ im Sinne einer modernen, flexiblen und leistungsorientierten Arbeitswelt für Menschen und Betriebe.
5. Eine Klima- und Energiepolitik, die auf Technologie und Innovation setzt sowie marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen nützt, um die Industrie als Transformationskraft zu unterstützen.
6. Forschung, Technologie und Innovation, um Innovationsführerschaft zu erlangen und damit im internationalen Standortwettbewerb die Nase vorn zu haben.



TAG DER INDUSTRIE 2023

Der Tag der Industrie zählt seit 22 Jahren zum Höhepunkt im industriellen Vereinsjahr und stand heuer ganz im Zeichen der Industriestrategie. Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft folgten der Einladung ins Haus der Industrie, um sich über aktuelle innenpolitische Themen auszutauschen.



Fotos: IV/Matanovic, Leonardo Ramirez

Standort: Wie attraktiv ist Österreich für Industrie-Leitbetriebe?

Eine neue Studie zeigt, wie Industrie-Leitbetriebe den Standort Österreich bewerten. In welchen Bereichen ist Österreich bereits top und wo gibt es den größten Nachholbedarf?

Industrie-Leitbetriebe sind Wohlstandsgaranten und Innovationsmotoren, auch in Zeiten der Krise: Dies zeigt eine neue Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI) im Auftrag der IV. Schon heute zeichnen 275 dieser Industrieunternehmen für 5,3 Mrd. Euro oder 41 Prozent der gesamten F&E-Ausgaben Österreichs verantwortlich – und sie haben vor, diese Ausgaben noch weiter zu erhöhen.

Als Technologieführer sind Leitbetriebe dabei weltweit umworben und sehen sich einem immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Auch die Absicherung der Wertschöpfungsketten der Leitbetriebe findet auf internationaler Ebene statt. Es ist daher unverzichtbar, in Österreich attraktive und weltweit konkurrenzfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. Nur so können die Niederlassungen internationaler Unternehmen in Österreich abgesichert und der FTI-Standort als Hub und Sprungbrett Richtung internationaler Märkte positioniert werden.

Standortbarometer: Forschungsprämie top, Fachkräftemangel Flop

Doch wie schätzen die Industrie-Leitbetriebe den Standort Österreich ein? Wie attraktiv ist er im internationalen Vergleich? Die Bewertung der Leitbetriebe zeigt klaren Handlungsbedarf: Während Fachkräfte, digitale Infrastruktur und Forschungsprämie grundsätzlich als die drei wichtigsten Standortfaktoren eingestuft werden (und

die Forschungsprämie mit Bestnoten bewertet wird), herrscht der größte Aufholbedarf bei der Verfügbarkeit von Fachkräften, den Zugangsmöglichkeiten zu Zukunftstechnologien und der Themenoffenheit von F&E-Förderprogrammen.

Jene Technologieunternehmen, die ihr künftiges F&E-Engagement verstärkt auch im Ausland verorten, nennen den Fachkräftemangel in Österreich auch explizit als ausschlaggebend für ihre verstärkte internationale F&E-Orientierung. Eine der größten Chancen für den FTI-Standort Österreich liegt daher in der konsequenten MINT-Förderung: So könnte

Top-Standortfaktoren

1. Verfügbarkeit qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
2. Digitale Infrastruktur
3. Forschungsprämie
4. Zugang zu Zukunftstechnologien
5. F&E-Fördermittel
6. Zugang zu Hochschulen, Wissenstransfer
7. Themenoffenheit Förderprogramme
8. F&E-Kooperationen mit anderen Unternehmen
9. Unterstützung Produktionsaufbau bzw.-umstellung
10. Innovative Startup-Szene

aus einer Standortschwäche eine Stärke geformt werden, die eine Anziehung von F&E-Investitionen aus dem In- und Ausland auslöst.

Auch die Zugangsmöglichkeit zu Zukunftstechnologien stellt für Leitbetriebe ein wichtiges Standortkriterium dar, welches in Österreich bislang nur mäßig erfüllt ist. Der Fokus der Unternehmen liegt dabei ganz klar auf der Digitalisierung. Quer über alle

Branchen wurden Virtualisierung, das Feld künstliche Intelligenz und Big Data Analytics, aber auch Technologien zur Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft sowie neue intelligente Werkstoffe und Materialien als am bedeutsamsten eingestuft. Die österreichische, aber auch die europäische Politik ist gefordert, diese Zukunftstechnologien zu forcieren, um gemeinsam mit Leitbetrieben die Entwicklung von Lösungen für die Zukunft zu ermöglichen.

TOP-10-ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN Nennungen in % der Leitbetriebe



AKTUELLES IN KÜRZE

Nachhaltigkeits-Award TRIGOS würdigt seit 20 Jahren verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln

Am 4. Oktober fand die Verleihung des diesjährigen TRIGOS und gleichzeitig die Jubiläumsgala zu 20 Jahren TRIGOS im Beisein von hochkarätigen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Gartenpalais Liechtenstein statt. 20 Jahre nach der erstmaligen Verleihung des Preises kann sich die Bilanz sehen lassen – 2.745 Einreichungen, 808 Nominierungen für die be-

gehrte Auszeichnung und 289 Preisträger aus ganz Österreich zeigen deutlich: Der Faktor Nachhaltigkeit ist für Österreichs Unternehmen ein wichtiger.

Das breite Fundament des TRIGOS wurde auch bei der Gala sichtbar: Neben den Unternehmensvertreterinnen und -vertretern, die für ihr Engagement im Bereich Nachhaltigkeit

gewürdigt wurden, steht hinter dem TRIGOS eine breite Trägerschaft aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die die „drei Säulen der Nachhaltigkeit“ (Wirtschaft, Soziales, Umwelt) abbildet. Das ist einzigartig für einen Unternehmenspreis und ein Garant für die hohe Glaubwürdigkeit. Die Spitze von Industriellenvereinigung, Caritas, Rotem Kreuz, „respACT“, Umweldachverband und Wirtschaftskammer

Österreich gratulierten im Rahmen der feierlichen Gala zum 20-jährigen Bestehen.

Deutlich sichtbar wurde bei den Feierlichkeiten: Unternehmen sind in jeder Hinsicht Teil der Lösung, wenn es darum geht, die Zukunft durch Innovationskraft, Kreativität sowie Forschung und Entwicklung konstruktiv zu gestalten.

Weiterbildung für Frauen auf dem Weg in die Führungsebene

Frauen sind in leitenden Positionen nach wie vor unterrepräsentiert. Daher unterstützen das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung Frauen mit Führungspotenzial durch das Programm „Zukunft.Frauen“. Dieses bietet fachliche Weiterbildungen, Netzwerkaufbau, Mentoring und Erfahrungsaustausch, um weibliche Führungskräfte auf ihrem Weg nach oben zu fördern.

„Zukunft.Frauen“ startete im September

2010 und wurde bereits von 494 Frauen erfolgreich absolviert. Derzeit läuft der 23. Durchgang – Bewerbungen für den 24. sind noch bis 14. November möglich.

„Die Initiative ‚Zukunft.Frauen‘ leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer modernen Gesellschaft in Österreich und macht hoch qualifizierte Frauen sichtbar. Im Laufe einer Karriere ist ein starkes Netzwerk neben Erfahrung und Qualifikation enorm wichtig und trägt zur Sichtbarkeit bei“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.



Foto: Jana Madliger/Graphik IWI 2023

DREI JI-LANDESGRUPPEN HABEN GEWÄHLT

Wir stellen die neuen Vorstandsteams in Niederösterreich, Salzburg und der Steiermark vor.

NIEDERÖSTERREICH

- Steven Blaha, Blaha Sitz- und Büromöbel Industriegesellschaft m.b.H.
- Christina Glocknitzer, Seal Maker GmbH
- András Gálffy, Turbulence Solutions GmbH
- Josef Martin Koch, Betonwerk Koch Gesellschaft m.b.H.
- Isabella Nowotny-Hengl
- Marlene Schilling, Innerio Heat Exchanger GmbH
- Veronika Wüster, Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe



Verabschiedung des ehemaligen Vorstandsmitglieds und Bundesvorsitzenden Matthias Unger durch die Co-Vorsitzenden Steven Blaha und Christina Glocknitzer.



Leistungswille auf dem Prüfstand

Oder: Wollen die Jungen weniger arbeiten?

„Die heutige Jugend ist [...] faul. Sie wird niemals so sein wie die Jugend vorher, und es wird ihr niemals gelingen, unsere Kultur zu erhalten.“ Seit diesem Zitat sind zwar 5.000 Jahre vergangen, der Vorwurf hat sich hingegen nur wenig verändert. Rufe nach der 32-Stunden-Woche haben Kritiker noch bestärkt: Die Jugend sei faul und leistungsunwillig. Das ist wohl nun zur allgemeinen Meinung geworden.

Dass die im Volksmund propagierte Meinung nicht immer auch die richtige ist, wird hier allerdings ausgeklammert. Fakt ist nämlich, dass sich zum Beispiel die jährlichen Unternehmensneugründungen seit 1993 nahezu verdreifacht haben. Das zeugt meines Erachtens nicht von weniger Leistungswillen, sondern im Gegenteil von mehr Leistungswillen und auch Unternehmergeist.

Und dennoch möchte ich stellvertretend für jene, aus deren Sicht sich arbeiten nicht lohnt, das Wort ergreifen. In Österreich erscheint arbeiten tatsächlich zeitweise frustrierend. Die hausgemachte aktuelle hohe Inflation sowie die enorme Steuer- und Abgabenlast wiegen schwer; vor allem, wenn im Vergleich zur Teilzeitkraft netto nur unverhältnismäßig wenig mehr im Börserl bleibt. Da kann man sich schon einmal berechtigterweise die Frage stellen, wieso man dann überhaupt noch 40 Stunden arbeiten soll. Je mehr man leistet, desto mehr bittet der Staat zur Kassa. Anstelle von systemischen Entlastungen für leistungsbereite Menschen werden die Pensionen erhöht und Einmalzahlungen per Gießkanne verteilt.

Forderungen nach weniger Arbeitszeit kommen also weniger von der Faulheit der Jugend, sondern sind Ergebnis politischer Incentivierung. Wie man unser teurer werdendes Sozialsystem in Zukunft bezahlen will? Diese Frage bleibt nach wie vor unbeantwortet.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



Wechsel an der Spitze der steirischen JI: Bundesvorsitzende Julia Aichhorn übergibt den Staffelstab an Dominik Santner und Patrick Hirtl-Stelzer.

STEIERMARK

- Julia Aichhorn, Dr. Aichhorn GmbH und GIG Karasek GmbH
- Ferdinand Fliesser, MAGNA Powertrain GmbH
- Andreas Kleinfurchnher-Hirsch, KNAPP Systemintegration GmbH
- Josef Maier, Zeta Holding GmbH
- Nikolaus Müller-Mezin, Müllex-Umwelt-Säuberung-GmbH
- Kerstin Otter, Neuroth International AG
- Hella Riedl-Rabensteiner, Geodata Informationstechnologie GmbH
- Dominik Santner, Anton Paar
- Elisa Wielinger, Andritz AG



Ex-Vorstandsmitglieder und der ehemalige Vorsitzende Clemens Usner bei der Staffelübergabe an das neue JI-Salzburg-Team.

SALZBURG

- Adrian Geislinger, Geislinger GmbH
- Julia Brunhuber, Salzburg AG
- Konstantin Dreyer, SHS Unternehmensberatung GmbH
- Hendrik Klein, Egger PowAir Cleaning GmbH
- Moritz Unterkofler, UKO Group

Das war der „JI-Leaders Circle“

Tag-der-Industrie-Warm-up für die JI-Vorstände aller Landesgruppen.

Einmal im Jahr findet der „JI-Leaders Circle“ statt – dabei soll den Vorständen aus allen Bundesländern die Möglichkeit geboten werden, sich neben einem spannenden Rahmenprogramm überregional auszutauschen. So kamen über 30 JI-Funktionäre aus allen Bundesländern Ende September zum Netzwerken und Teambuilding in den Räumlichkeiten des Management Clubs zusammen. Bundesvorsitzende Julia Aichhorn eröffnete das durchgetaktete Programm mit Worten der Danksagung an die Funktionäre – denn die Junge Industrie lebt als Verein von engagierten Mitgliedern, die sich für den Wirtschaftsstandort Österreich einsetzen. Dabei gilt es vor allem auch, gemeinsame Herausforderungen zu identifizieren und daraus Aktivitäten für die JI abzuleiten. Den Auftakt des gut organisierten Programms machte ein immersives

Führungskräftecoaching mit anschließendem Workshop und Gruppenübungen. Nach einer kurzen Pause diskutierten die JI-Mitglieder mit Dominik Futschik, IV-Bereichsleiter für Strategie und Kommunikation, über aktuelle und zukünftige Aktivitäten der Industriellenvereinigung zu verschiedenen Themen.

Als Abrundung des Tags wurde dann gemeinsam der Tag der Industrie besucht.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Händl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Leadernet/Christian Holzinger, IV-OÖ, IV-Salzburg/Vavrovsky Heine Marth Rechtsanwälte, IV-Steiermark/Foto Fischer, IV-Tirol/Tirol Werbung, David Schreyer, IV-Vorarlberg/Reinventing Society, Luca Fasching, IV-Wien/AMS Wien/Lipner-Zügler

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Der wiedergewählte Präsident der IV-Wien, Christian C. Pochtler, gemeinsam mit IV-Präsident Georg Knill.



Im Rahmen der Vorstandssitzung wurde auch ein Buch präsentiert, das unter dem Titel „Zeitenwende“ in einer Zeitreise die vergangenen vier Jahre der IV-Wien unter Präsident Christian C. Pochtler Revue passieren lässt.

Standortpolitische Vernunft gesucht

Im Rahmen der Vorstandssitzung der Industriellenvereinigung Wien wurde Präsident Christian C. Pochtler wiedergewählt. Thematisch stand die sinkende Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Zentrum.

Christian C. Pochtler, geschäftsführender Alleingesellschafter der Pochtler Industrieholding GmbH / iSi Group, wurde am 18. September in der Vorstandssitzung der Industriellenvereinigung Wien für eine zweite Amtsperiode (2023–2027) wiedergewählt. Ihm werden Patricia Neumann, Vorstandsvorsitzende Siemens AG Österreich, Iris Ortner, geschäftsführende Gesellschafterin IGO Industries GmbH, Ursula Simacek, CEO Simacek Holding GmbH, sowie Michael Strugl, CEO Verbund AG, als Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsident zur Seite stehen. Im Rahmen der nächsten Sitzung wird das neue IV-Wien-Präsidium schließlich noch durch die Kooptierung des Spartenobmanns der Sparte Industrie der WK Wien, Stefan Ehrlich-Adam, Geschäftsführer EVVA Sicherheitstechnologie GmbH, sowie den Vorsitzenden der Jungen Industrie Wien, Maximilian Nimmervoll, Gründer und Geschäftsführer TEDDY Gruppe sowie Geschäftsführer Johann Kattus GmbH, komplettiert.

„Die Wirtschaft schrumpft, die Industrie ist klar in der Rezession, die Aufträge sind in einigen Branchen massiv eingebrochen. Gleichzeitig sind wir bei den Lohnstückkosten leider top in Europa und haben nach wie vor eine viel zu hohe Inflationsrate. In Summe stürzt unsere Wettbewerbsfähigkeit als Standort massiv ab“, so Präsident Pochtler, der den Vorstandsmitgliedern der IV-Wien für das in ihn gesetzte Vertrauen dankte. Die nächsten Monate würden eine enorme Herausforderung für den Industrie- und Arbeitsstandort Österreich und Wien, so Pochtler: „Da wird es eine starke Stimme der standortpolitischen Vernunft dringend benötigen.“

Wettbewerbsfähigkeit im Sinkflug

In seinem Statement betonte auch der Gast der Vorstandssitzung, IV-Präsident Georg

Knill, die derzeit trüben konjunkturellen Aussichten. Neben der hierzulande viel zu hohen Inflationsrate habe Europa auch bei den Energiekosten, gemessen beispielsweise an den USA, weiter das Nachsehen.

In Summe belaste das (und auch die viel zu hohen Arbeitskosten hierzulande) die Standortattraktivität. „Diskussionen über immer neue Steuern schädigen den Standort weiter, diese Debatten sind in der derzeitigen Situation unverantwortlich“ – umso wichtiger wäre nun das richtige Augenmaß bei den kom-

menden KV-Verhandlungen, so Knill. Denn immerhin liege Österreich bereits jetzt bei der Arbeitskostenlast rund 30 Prozent über dem EU-Schnitt. Gleichzeitig sei auch das Problem des Arbeitskräftemangels in Österreich besonders stark zu spüren: Mit einem Anteil von 5,4 Prozent der offenen Stellen in der Privatwirtschaft liegt Österreich hier gemeinsam mit Belgien ex aequo an der letzten Stelle. Aufgrund der Demografie werden in den nächsten zehn bis zwölf Jahren rund 540.000 Menschen am Arbeitsmarkt fehlen. In Summe haben all diese Faktoren dazu ge-

führt, dass sich Österreich in diversen Wettbewerbsrankings deutlich verschlechtert hat.

So liegt unser Land im heurigen IMD World Competitiveness Ranking auf Rang 24, unser Nachbar Deutschland auf Rang 22. Das Ranking wird von Dänemark angeführt, unser Nachbar Schweiz liegt auf Rang drei. Besonders bitter ist aber eben die Entwicklung der letzten Jahre: So lag Österreich vor 15 Jahren noch knapp an der Grenze zu einer Top-10-Platzierung – und einige Ränge vor Deutschland.

Wettbewerbsfähigkeit der Standorte im Vergleich (IMD World Competitiveness Ranking, 64 untersuchte internationale Wirtschaftsstandorte)

PLATZIERUNG



Standort braucht Mut

Die vier Jahre seit meiner ersten Wahl zum Präsidenten der IV-Wien waren vor allem von Krisen und den jeweiligen Reaktionen darauf dominiert. Für die kommenden vier Jahre wünsche ich mir nun eine aktive strukturelle Reformagenda, die den Wirtschaftsstandort Österreich wieder zu alter Stärke führt.



In der Vorstandssitzung im September 2023 wurde ich, gemeinsam mit einem exzellenten Präsidiums-Team, für eine weitere Funktionsperiode als Präsident der IV-Wien wiedergewählt. Für das Vertrauen, das mir und meinem Team damit entgegengebracht wird, möchte ich mich herzlich bedanken.

Diese Wahl war dann aber auch ein Anlass, um Bilanz über die vergangenen vier Jahre zu ziehen. Im Normalfall würde das bedeuten, dass man kritisch prüft, welche der Vorhaben, mit denen man in eine solche Funktion gestartet ist, erfolgreich umgesetzt werden konnten, wo es hätte besser laufen können etc. Nun waren diese vier Jahre aber alles andere als normal.

Der Beginn meiner Präsidentschaft im Herbst 2019 stand unter der Vision, Wien noch stärker als Technologiemetropole zu positionieren. Hier ist auch einiges gelungen: Die Vision von Wien als Technologiemetropole von Weltrang im Herzen Europas ist auch zentraler Bestandteil des neuen Standortabkommens, das wir heuer mit der Stadt Wien abschließen konnten. Hier werden wir in den kommenden Jahren darauf achten müssen, dass dieses gemeinsame Bekenntnis zur Weiterentwicklung des Innovations- und Industriestandorts Wien nicht nur zu salbungsvollen Worten auf Hoch-

glanzpapier wird. Angesichts der stets sehr konstruktiven und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Stadt mache ich mir da aber wenig Sorgen.

Aber auch in Wien war die jüngere Vergangenheit vor allem von Corona dominiert. Man hat beinahe schon vergessen – oder wohl auch bewusst verdrängt –, welche Mühsal die Pandemie zu Beginn für uns alle bedeutet hat: Kurzarbeit, Lockdown, Umstellung auf Homeoffice, wo irgendwie möglich, Test- und Impfkampagnen, und, und, und ... Und kaum war Corona zumindest scheinbar vorbei, war die anziehende Inflation bereits deutlich spürbar; es folgten schließlich noch ein Krieg mitten vor unserer Haustür und eine veritable Energiekrise, welche die Teuerung erst recht hat explodieren lassen.

Viel Krise, viele Feuer zu löschen an unüberschaubar vielen Brandherden. Wenn ich mir etwas wirklich Positives aus diesen Jahren herausuchen müsste, so wäre das einerseits der gute Zusammenhalt innerhalb unserer Industrie-Familie in diesen schwierigen Jahren; andererseits ist mit der Abschaffung der kalten Progression ein strukturpolitischer Meilenstein gelungen. Ich hatte dies immer gefordert – und wurde dabei von vielen eher milde belächelt: Nie würde die Politik auf dieses „Körpergeld“ verzichten, das dem Finanzminister Jahr für Jahr etliche Milliarden in die Kasse spülte. Siehe da, Krise macht's möglich, die kalte Progression wurde abgeschafft – eine echte strukturelle Reform. Wer hätte das in Österreich erwartet?

Damit werden die Menschen direkt entlastet, behalten mehr netto vom Lohn für ihre Arbeit. Insgesamt macht die Entlastung für das kommende Jahr etwa 3,5 Mrd. Euro (!) aus, das ist eine effektive Lohnerhöhung zwischen zwei und vier Prozent – für alle! Dies darf man nicht vergessen, vor allem jetzt, wo leider ein sehr schwieriger Lohnverhandlungsherbst zu erwarten ist.

Denn die Lage ist derzeit alles andere als gut – allein in der metalltechnischen Industrie geht ein Drittel der Betriebe davon aus, dass sie das

Jahr mit einem Verlust beenden werden. Österreichs Wirtschaft schrumpft, die Industrie ist besonders betroffen – und ausgerechnet in dieser Situation verlangen die Gewerkschaften bei den laufenden KV-Verhandlungen eine zweistellige Lohnerhöhung. Das ist für sehr viele Unternehmen einfach nicht darstellbar. De facto müsste man die Benya-Formel (rollierende Inflation der letzten zwölf Monate plus Produktivitätszuwachs) in diesem besonderen Jahr aussetzen, wenn wir nicht die Existenz von Unternehmen – und damit eine Vielzahl an Arbeitsplätzen – gefährden wollen. Die Lohn-Preis-Inflationsspirale würde die Teuerung auf Jahre hinaus verfestigen. Man wird sehen, mit welcher Weitsicht die KV-Verhandler ein Ergebnis vorlegen werden.

So oder so ist aber auch eines ganz klar: Leichter wird es nicht – die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts ist in allen relevanten Rankings spürbar gesunken. Das verheißt für die nächsten Jahre nichts Gutes und müsste eigentlich alle Alarmglocken in der Regierung schrillen lassen. Denn wir erwirtschaften in Österreich jeden zweiten Euro im Export – wenn also der Exportmotor Industrie ins Stottern gerät, dann kann das ganz schnell zu einer gefährlichen Abwärtsspirale führen.

Gegensteuern wäre also notwendig, dringend notwendig. Dabei fallen uns aber bedauerlicherweise nun all die Jahrzehnte fehlender Strukturereformen auf den Kopf. Genau vor einem solchen Szenario haben nicht nur wir in der IV seit vielen Jahren immer wieder gewarnt. Unser Staat gibt zu viel Geld für kurzfristigen Konsum statt Investitionen aus, versenkt jedes Jahr Milliarden in ineffizienten Strukturen. Dies über immer neue Steuern und Abgaben zu finanzieren geht sich nicht mehr aus – unsere Steuerlast ist insgesamt bereits viel zu hoch.

Weitere Belastungen würden die Abwärtsspirale nur verschärfen. Es braucht also einen Kurswechsel, wenn wir als Standort noch die Kurve kratzen wollen. Und dass in einer Krise auch Dinge möglich sind, die undenkbar schienen, hat ja die Abschaffung der kalten Progression gezeigt.

Von solchen mutigen Entscheidungen brauchen wir mehr, sehr viel mehr. Und die Politik wird den Menschen in diesem Land auch einfach einmal reinen Wein einschenken müssen: Der Staat kann und darf nicht jedes Problem oder Problemchen mit Steuergeld abfedern. Das können wir uns nicht leisten. Wir erleben derzeit den größten wirtschaftspolitischen Linksruck seit 1968.

Seit Corona hat sich die bereits vorher vorhandene Vollkasko-Mentalität noch weiter verbreitet und verfestigt. Zu viel Hilfe, Zuschüsse, Bonuszahlungen etc. – es scheint fast so, als hinge eine Mehrheit inzwischen direkt gern am Tropf dauernder Hilfsleistungen. Wie Agenda Austria jüngst feststellte, sei „Österreich auf dem Weg in den Staatssozialismus“. Vergessen wird leider darauf, dass wir diese Hilfen ja ohnehin selbst zahlen, mit unseren Steuern. Irgendwann werden wir dafür eine saftige Rechnung präsentiert bekommen.

Wir brauchen also eine Politik, die sich möglichst nüchtern an das Abarbeiten all der offenen Baustellen in diesem Land macht – das mag nicht attraktiv sein, ist aber notwendig. Und ich bin überzeugt, dass eine solche sachliche Politik auch positiv bei den Menschen ankommen würde – Showpolitik hatten und haben wir ohnehin genug. Eine solche Politik wird dann, wenn wieder alle nach Zuschüssen, Erhöhungen und anderen Hilfen rufen, auch einfach einmal Nein sagen müssen. Und alle werden wieder mehr Eigenverantwortung lernen müssen.

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –
via E-Mail an debatte@iv.at

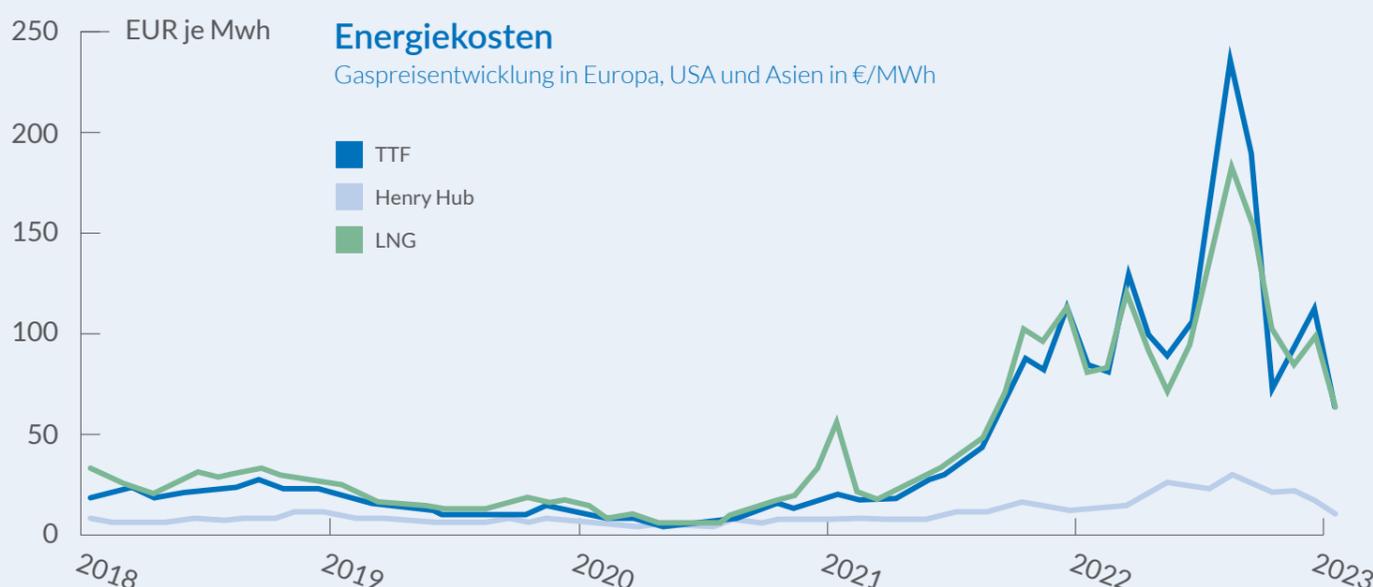
Tagesaktuelle Preise

Europa: € 36 pro MWh

Japan: € 37 pro MWh*

USA: € 9 pro MWh

*Monatswert



Neue Vizepräsidenten stellen sich vor

Gemeinsam mit Präsident Christian C. Pochtler wurden auch vier neue Vizepräsidenten gewählt.

Patricia Neumann

ist seit Mai 2023 Chief Executive Officer der Siemens AG Österreich. Nach ihrem Business-Administration-Studium an der Universität Wien begann sie ihre berufliche Laufbahn bei IBM. Diverse Managementpositionen im IBM-Konzern führten sie zuletzt als Vice President Software Sales Data, Artificial Intelligence & Automation zu IBM Europe, Middle East & Africa. Mit kurzen Unterbrechungen ist sie seit 2017 Mitglied im Vorstand der IV-Wien und seit 2020 im IV-Bundesvorstand. Zudem war sie von 2019–2022 bereits Vizepräsidentin der IV-Wien.



Iris Ortner

ist seit 2003 Geschäftsführerin der IGO Industries GmbH, in der sie seit 2013 auch Gesellschafterin ist. Die von der ETH Zürich diplomierte Maschineningenieurin ist zudem als Aufsichtsrätin für die TKT Engineering Sp. z.o.o. (Polen), die PORR AG, die UBM Development AG, die ELIN GmbH, die ÖBAG sowie die Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG tätig. Seit 2012 ist sie Mitglied des Ausschusses des Fachverbands der Metalltechnischen Industrie in der WKO und seit 2023 Mitglied des IV-Bundesvorstands. Mitglied des Vorstands der IV-Wien wurde sie 2017, wo sie seit 2022 auch als Vizepräsidentin tätig ist.



Ursula Simacek

ist 1998 in die Simacek Gruppe eingetreten und übernahm 2006 die Geschäftsführung der Simacek Facility Management Group GmbH und 2007 der Simacek Facility GmbH sowie der Simacek Holding. Von 2013–2019 war sie zudem Präsidentin von „respACT“, dem Austrian Business Council for Sustainable Development, in dem sie aktuell die Landeskoordinatorin der Gruppe Wien ist. Zudem ist sie Bundes- und Landesinnungsmeister-Stellvertreterin der Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger in der WKO. In der IV-Wien ist sie seit 2012 als Vorstandsmitglied und Vizepräsidentin aktiv.



Michael Strugl

ist seit 2021 Vorstandsvorsitzender der Verbund AG. Der promovierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und Magister der Rechtswissenschaften begann seine berufliche Laufbahn in einer Werbeagentur als Creative Direktor. Nach einigen politischen Stationen führte ihn seine Karriere in die oberösterreichische Landesregierung, in der er zuletzt das Amt des Landeshauptmann-Stellvertreters und Wirtschaftslandesrats bekleidete. Zudem ist er stellvertretender Vorsitzender des Universitätsrats der Johannes Kepler Universität und Präsident des World Energy Councils Austria sowie von Oesterreichs Energie. Seit 2021 ist er Mitglied im IV-Bundesvorstand und im Vorstand der IV-Wien, wo er seit September 2022 auch als Vizepräsident tätig ist.



JI-Wien- und JI-NÖ/Bgld.-Summerclosing

Gemeinsames Weinwandern als Herbstauftakt des JI-Programms.

Nach einer kurzen Wanderung eröffneten die beiden Vorsitzenden Steven Blaha (JI-NÖ/Bgld.) und Maximilian Nimmervoll (JI-Wien) das gemeinsame Event beim Heurigen Wienerer am Nussberg.

JI-Wien-Vorsitzender Maximilian Nimmervoll verspricht den Mitgliedern bei seinem Amtsantritt ein neues, diverses Programm. Neben „Learning.Sessions“, die inhaltlich komplexe Themen vermitteln, und dem Dauerbrenner der Betriebsbesichtigungen werden auch verstärkt sportliche und gesellschaftliche Aktivitäten auf dem Programm stehen. Dadurch sollen die Mitglieder doppelt von der Jungen Industrie profitieren: Einerseits soll vermehrt spezielles Know-how vermittelt werden, welches im eigenen Beruf oder im eigenen Unternehmen eingesetzt werden kann, andererseits sollen durch soziale Aktivitäten der Austausch und das Netzwerken gefördert werden.

Um dem Programm Rechnung zu tragen, trafen sich die beiden JI-Landesgruppen also erstmals zu einem gemeinsamen Weinwandern und anschließendem Netzwerken beim Heurigen. Das gut besuchte Event in den charakteristischen Weinbergen Wiens machte so den Auftakt zu einem intensiven Veranstaltungsherbst. Das Highlight der anstehenden Events bildet dabei mit Sicherheit die JI-Bundestagung von 5. bis 7. Oktober in Linz.



Die JI-Mitglieder beim Netzwerken.



Die beiden Vorsitzenden Maximilian Nimmervoll und Steven Blaha bei der Eröffnung des Summerclosings.

